Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

18.06.1986 - Drucksache 11/654

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/654
18. 06. 86

Mitteilung des Senats vom 16. Juni 1986

Bericht über die bremischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 42. Sitzung am 13. November 1985 auf Grund des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU vom 19. September 1985 (Drucksache 11/466) und des Änderungsantrages der Fraktion der GRUNEN vom 11. November 1985 (Drucksache 11/499) folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Senat wird aufgefordert, unter Berücksichtigung der Entwicklungen seit Oktober 1984 erneut darüber Auskunft zu geben, wie sich der Rechtsextremismus im Lande Bremen darstellt (vgl. Anfrage der SPD-Fraktion in der Fragestunde der Bürgerschaft am 24. Oktober 1984).

Insbesondere sollte der Bericht enthalten:

1. Rechtsextremistische Organisationen und die Zahl ihrer
   - 1.1 Mitglieder,
   - 1.2 Aktivisten,
   - 1.3 Sympathisanten.
2. Rechtsextremistische Publikationen mit Erscheinungsort
   - 2.1 Bremen und Bremerhaven,
   - 2.2 im übrigen Bundesgebiet,
   - 2.3 im Ausland

   und ihre Verbreitung im Lande Bremen.
3. Rechtsextremistische Aktivitäten in Bremen und Bremerhaven, insbesondere
   - 3.1 ausländerfeindliche Aktionen und Anschläge auf Einrichtungen ausländischer Bürger,
   - 3.2 Anschläge und Überfälle auf andere Einrichtungen und Personen,
   - 3.3 rechtsextremistische Bestrebungen an Bremer Schulen,
   - 3.4 rechtsextremistische Aktivitäten im Umfeld jugendlicher Fußball-Fans.

Der Senat wird aufgefordert, über die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des Rechtsextremismus im Rahmen der Lehreraus- und -fortbildung sowie über die Behandlung dieser Themen im Rahmen der politischen Bildung an den bremischen Schulen, in den bremischen Einrichtungen der außerschulischen Jugendbildung und in den Jugendfreizeitheimen zu berichten."

Vorbemerkung

Rechtsextremistische Ideologie und auf ihr fußende politische Bestrebungen treffen, wie die Wahlergebnisse immer wieder zeigen, bei der ganz überwiegenden Mehrheit der bremischen Bevölkerung auf absolutes Unverständnis und entschiedene Ablehnung.

Der Senat beobachtet die Entwicklung des Rechtsextremismus im Lande Bremen mit großer Aufmerksamkeit und ist über die hiervon ausgehenden Aktivitäten umfassend unterrichtet.

Die Öffentlichkeit, vor allem die Jugend, ist laufend über die NS-Vergangenheit und die heute daran anknüpfenden rechtsextremistischen Organisationen, Gruppierungen und Aktivitäten in objektiver und umfassender Weise zu informieren. Der Senat begrüßt daher den von der Bürgerschaft einstimmig gefaßten Beschluß, über rechtsextremistische Bestrebungen im Lande Bremen zu berichten.

Eine sorgfältige Beobachtung rechtsextremistischer Bestrebungen durch die Sicherheitsbehörden ist unabdingbar. Die Sicherheitsbehörden haben vor allem die Aufgabe, Angriffe auf die Verfassung oder Gewalttaten frühzeitig zu erkennen und ihre Ausführung zu verhindern sowie Straftaten zu verhüten und zu verfolgen. Der Senat lehnt es jedoch ab, sie im Vorfeld von Straftaten an Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der außerschulischen Weiterbildung und Jugendarbeit in Anspruch zu nehmen.

Große Bedeutung bei der Bekämpfung des politischen Extremismus hat die geistig-politische Auseinandersetzung. Dabei kommt den Einrichtungen des Bildungs- und des Jugendbereichs eine Schlüsselaufgabe zu.

An den Schulen in Bremen und Bremerhaven gibt es keine nennenswerten politisch gemeinten neofaschistischen Aktivitäten. Die provokative Benutzung neonazistischer Symbole und ausländerfeindlicher, antisemitischer Parolen kommt lediglich in Form von Aufklebern, Wandsprüchen u. ä. öfter vor und zeigt an, daß die Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte noch nicht zu einer einheitlichen Überzeugung bei allen Jugendlichen geführt hat.

Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst hat in seinem 1985 vorgelegten „Pädagogisch-inhaltlichen Konzept" der schulischen Erziehung als Auftrag zugewiesen: „Schule muß ihren Teil zur allgemeinen Gesellschaftsentwicklung beitragen, um den zum Überleben der Menschheit notwendigen Prozeß zur solidarischen Gesellschaft mitzugestalten." Politische Bildung bedeutet mehr als „Erziehung zum Antifaschismus". Der schulischen Auseinandersetzung mit Faschismus und Neofaschismus kommt allerdings eine Schlüsselrolle zu, um jeden erneuten Rückfall in Barberei zu verhindern.

Die geistig-politische Auseinandersetzung mit extremistischen Bestrebungen kann nicht den staatlichen Stellen allein überlassen bleiben. Ein dauerhafter Erfolg ist nur dann zu erreichen, wenn diese Auseinandersetzung von allen gesellschaftlichen Kräften geführt wird, die sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Hier fällt vor allem den Parteien und den Medien eine besondere Aufgabe und Verantwortung zu.

Im übrigen wird regelmäßig geprüft, ob derartige extremistische Organisationen verboten werden können. So ist der Senator für Inneres — wie inzwischen auch eine Reihe weiterer Länder-Innenminister — für ein Verbot der neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) eingetreten. Die Kompetenz des Landes Bremen, Verbotsmaßnahmen zu treffen, ist jedoch nur dann gegeben, wenn es sich um Organisationen handelt, die allein hier auftreten. Dies ist bei fast allen im Bericht aufgeführten Organisationen nicht der Fall.

I. Lage des Rechtsextremismus im Lande Bremen

1. Rechtsextremistische Organisationen und die Zahl ihrer Mitglieder, Aktivisten und Sympathisanten

Im Lande Bremen sind zwölf rechtsextremistische Organisationen, Gruppierungen und Untergruppierungen mit ca. 500 Mitgliedern und Aktivisten bekannt.

Es handelt sich um folgende Organisationen und Gruppierungen:

— „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD),
ca. 100 Mitglieder,
mit der „Bürgerinitiative Ausländerstopp" (BIA),

— „Junge Nationaldemokraten" (JN),
ca. 30 Mitglieder

— „Deutsche Volksunion" (DVU),
ca. 220 Mitglieder, mit den Untergruppierungen:
  — „Aktion Deutsche Einheit" (AKON),
  — „Ehrenbund Rudel",

— „Volksbewegung Generalamnestie" (VOGA),

— „Initiative für Ausländerrückführung" (IfA),

— „Aktion deutsches Radio und Fernsehen" (ARF),

— „Schutzbund für Leben und Umwelt",

— „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG), ca. 30 Mitglieder,

— „Gesellschaft für Freie Publizistik" (GFP), Arbeitskreis Bremen, ca. 7 Mitglieder,

— „Ludendorff-Kreis", Bremen, ca. 20 Mitglieder,

— „Der Stahlhelm", Ortsgruppe Bremen, ca. 60 Mitglieder,

— „Nationalistische Front" (NF); bisher „Nationalrevolutionäre Arbeiterfront" (NRAF), ca. 7 Aktivisten,

— „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP),

— „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG), ca. 6 Aktivisten, (Doppelmitgliedschaft in NF und FAP),

— „NS-Kontaktstelle Bremerhaven".

Außerdem sind im Lande Bremen ca. 50 Sympathisanten des extremistischen Umfeldes bekannt. Ihre Zuordnung zum Rechtsextremismus manifestiert sich in gelegentlichen finanziellen Zuwendungen an derartige Organisationen und durch den Bezug von Publikationen.

2. Rechtsextremistische Publikationen mit Erscheinungsort in Bremen und Bremerhaven, im übrigen Bundesgebiet, im Ausland und ihre Verbreitung im Land Bremen

Im Lande Bremen werden folgende rechtsextremistische Publikationen verbreitet:

— „Deutsche Stimme".

Organ der NPD. Erscheint bundesweit in einer monatlichen Auflage von etwa 100 000 Exemplaren. Die Zeitung wird an Mitglieder versandt und gelegentlich zu Propagandazwecken in der Öffentlichkeit (Hauswurfsendungen, Info-Stände) verteilt.

— „Bremer Kurier"

Mitteilungsblatt der NPD und der JN. Erscheint in einer monatlichen Auflage von etwa 200 Exemplaren.

— „Der Stachel"

Mitteilungsblatt der NPD und der JN. Erscheint vierteljährlich in einer Auflage von etwa 7500 Exemplaren in der Stadt Bremen.

— „Deutsche National-Zeitung" (DNZ)

Organ der DVU. Herausgeber ist der Vorsitzende der DVU, Dr. Frey, München. Die Schrift erscheint zusammen mit einer anderen rechtsextremistischen Zeitung, dem „Deutschen Anzeiger" (DA), in einer regelmäßigen wöchentlichen Auflage bundesweit von zusammen etwa 100 000 Exemplaren. Während die DNZ in Kiosken und Buchhandlungen verkauft wird, versendet die DVU ihr Parteiorgan DA wöchentlich an ihre Mitglieder.

— „Deutsche Wochen-Zeitung" (DWZ)

Herausgeber ist seit kurzem ebenfalls Dr. Frey. Sie wird an Abonnenten versandt und im offenen Verkauf angeboten. Es ist die drittgrößte rechtsextremistische Wochenzeitung mit einer bundesweiten Auflage von 15 000 Exemplaren.

— „Volkskampf"

Die Schrift wird im Bundesgebiet an Neonazis versandt. Sie wird in Zusammenarbeit mit der NF, Kassel/München, hergestellt und hat den bisher erschienenen „Werwolf" abgelöst.

— „Nachrichten" der HNG.

Hierbei handelt es sich um eine Monatsschrift der Organisation, die an Mitglieder und Aktivisten versandt wird.

Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Periodika in der Bundesrepublik beträgt etwa 80. Ihre zusätzliche Gesamtauflage beläuft sich auf über 8 Millionen Exemplare jährlich.

Aus dem Ausland werden im Lande Bremen die Zeitungen „NS-Kampfruf" aus Lincoln/USA und der „Samisdat-Rundbrief" aus Kanada verbreitet. Die Versendung und Verteilung erfolgt auf konspirative Weise.

Soweit die Schriften strafrechtlich bedeutsamen Inhalt haben, werden sie gerichtlich eingezogen.

3. Rechtsextremistische Aktivitäten in Bremen und Bremerhaven, insbesondere ausländerfeindliche Aktionen und Anschläge auf Einrichtungen ausländischer Bürger, Anschläge und Überfälle auf andere Einrichtungen und Personen, rechtsextremistische Aktivitäten im Umfeld jugendlicher Fußball-Fans

Alle genannten Organisationen, Gruppierungen und Untergruppierungen entfalten im Lande Bremen vielfältige propagandistische Aktivitäten, die teilweise auch strafrechtlich erfaßbar sind.

Im folgenden wird ein Überblick über die strafrechtlich bedeutsame Tätigkeit von Rechtsextremisten im Lande Bremen gegeben; einzelne herausgehobene Straftaten werden besonders dargestellt.

Bekannte Neonazis beschmierten Ende 1984 das VVN-Büro in Bremen-Walle und die Synagoge in der Schwachhauser Heerstraße mit neonazistischen Parolen und Hakenkreuzen. Zwei Täter wurden ermittelt und verurteilt.

Ein bekannter Neonazi stand im Verdacht, am 9. September 1984 einen Brandanschlag auf einen türkischen Gemüseladen verübt zu haben. Er wurde nach sechsmonatiger Untersuchungshaft freigesprochen.

Am 2. Juni 1985 führte derselbe Neonazi gemeinsam mit einer anderen Person in der Nähe des Neustädter Hafens Schießübungen durch. Hierbei traf der Neonazi einen Jagdberechtigten, der sich dort aufhielt, tödlich. Nach seiner Festnahme am 3. Juni 1985 erging Haftbefehl, dessen weiterer Vollzug am 26. Juni 1985 ausgesetzt wurde. Die Anklage gegen den Neonazi wegen fahrlässiger Tötung steht kurz bevor.

Am 17. September 1985 beschmierten derselbe Neonazi und drei weitere Personen die Skulpturen in den Wallanlagen und das amerikanische Konsulat mit Hakenkreuzen und ausländerfeindlichen sowie antisemitischen Parolen. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Am 12. Oktober 1985 gründete dieser Personenkreis, unterstützt von auswärtigen ehemaligen Angehörigen der verbotenen „Kühnen-Organisation" ANS/NA, einen „Gau Bremen" der FAP.

Am 15. Oktober 1985 versuchten elf Jugendliche (FAP-Anhänger sowie Skinheads), die antifaschistische VVN-Ausstellung in den Weser-Terrassen — mit Knüppeln, Gaspistole, Tränengassprays u. a. bewaffnet — zu stürmen. Der Überfall konnte von der Polizei verhindert werden.

Aufgrund eines richterlichen Durchsuchungsbefehls wurde am 18. Januar 1986 die Wohnung des oben mehrfach genanten bekannten Neonazis durchsucht. Dabei wurde festgestellt, daß in der Wohnung eine sogenannte „Reichsgründungsfeier" stattfand. Von den zwölf Teilnehmern gehörten zehn der FAP Niedersachsen an, zwei der FAP Bremen; der bekannte Neonazi bezeichnet sich als „Gauführer Bremen". Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Fast alle rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen agieren in ihren Publikationen offen gegen ausländische Mitbürger, insbesondere gegen Türken. Vor allem die Neonazis äußern sich regelmäßig in ihren Publikationen oder durch Schmierereien in volksverhetzender Weise gegen ausländische Mitbürger. So verbreitete die FAP während der Gründungsphase Aufkleber wie „Türken raus" und „Deutschland den Deutschen". Auch die NRAF, jetzt NF, verbreitete ausländerfeindliche Aufkleber. Nicht alle solche Äußerungen erfüllen einen Straftatbestand.

Strafrechtlich faßbar sind im Jahr 1985 im Lande Bremen jedoch 80 Taten mit rechtsextremistischem Bezug bekannt geworden. 80 Prozent dieser Fälle bezogen sich auf die Verwendung von NS-Kennzeichen, sei es, daß die Zeichen auf der Kleidung, z. B. von Skinheads, getragen wurden oder daß sie in Farbschmierereien auftreten. In der letzteren Fallgruppe ist der Täter selten zu ermitteln, in den anderen Fallgruppen ist bisweilen eine rechtsextremistische Motivation nicht nachweisbar. In geeigneten Fällen führen die Ermittlungen bei Erwachsenen zur Verurteilung, die häufigeren Fälle bei Jugendlichen werden nach dem Jugendgerichtsgesetz geahndet.

Seit 1982 verfolgen offensichtlich rechtsextremistisch eingestellte Personen in Bremerhaven unter den Bezeichnungen „Antisozialistisches Aktionskomitee Bremerhaven" und „Bremerhavener Initiative für Ausländerstopp", Personen, die zur politischen Linken gehören und ausländerfeindlich eingestellt sind, mit Drohschreiben. Eine Identifizierung ist bisher trotz intensiver Ermittlungen nicht möglich gewesen.

Das Fehlen zahlreicher, schwerer Straftaten ändert an der Bedeutung des Rechtsextremismus für den Verfassungsschutz und für die Polizei nichts. Viele Erfahrungen zeigen nämlich, daß auch Einzelpersonen und Kleinstgruppen aus dem Stand heraus zu schwersten Gewalttaten fähig sind. Das bundesweite militante Potential des Rechtsextremismus wird zur Zeit auf 250 Personen geschätzt.

Im Rahmen der Beobachtung rechtsextremistischer Organisationen sind auch Bestrebungen erkannt worden, die auf Schüler und Jugendliche gerichtet sind, z. B. Mal- und Verteilaktionen an Schulen und Werbungsversuche der NPD bei Schülern, Studenten, Jungarbeitern und Arbeitslosen.

Der Bundesvorstand und Bremer Landesvorstand der NPD haben Weisungen über die Arbeit in den Zielgruppen Jungarbeiter, Arbeitslose, Studenten und Schüler an die Mitglieder herausgegeben. Danach sollen propagandistische Verteilaktionen an Schulen verstärkt durchgeführt werden.

Im wesentlichen erzielen diese Werbeaktionen keine Resonanz. Die Mitgliederzahl, speziell bei den JN, stagniert seit Jahren. Auch im neonazistischen Bereich ist eine nennenswerte Erhöhung der Anhängerzahl nicht erkennbar.

Weitere Feststellungen über rechtsextremistische Bestrebungen an bremischen Schulen, die der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst gemacht hat, sind im Exkurs zu Teil II dieses Berichts enthalten.

Bei einer Minderheit von Fußball-Fans sind Verhaltensweisen erkennbar, die sich als objektiv rechtsextremistisch darstellen. Anfällig für rechtsextremistische Parolen und Handlungen sind insbesondere Skinheads. Die Vorliebe für die Benutzung von NS-Symbolen entspringt in erster Linie dem Bemühen, „Normalbürger" zu provozieren.

Es ist den Neonazis in Bremen bisher anscheinend nur in wenigen Einzelfällen gelungen, Skinheads in ihren Bereich zu integrieren. Dennoch läßt sich dieser Personenkreis gelegentlich für kurzfristige gewaltsame Aktionen („Randale") — 1984 von seiten der inzwischen aufgelösten Initiative für Ausländerbegrenzung (IfAB), 1985 von seiten der FAP — einspannen, z. B. bei der VVN-Ausstellung in den Weser-Terrassen.

Bei den Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und Punkern oder anderen Gruppen handelt es sich vor allem um jugendtypische Gruppenphänomene. Oft fehlt eine politische Motivation; unübersehbar sind aber Ressentiments, Ängste und andere gesellschaftliche und politische Bedingungsfaktoren.

II. Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des Rechtsextremismus im Rahmen der Lehreraus- und -fortbildung und der politischen Bildung an bremischen Schulen

1. Lehrerausbildung

— Universität

Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus im Rahmen der Lehrerausbildung geschieht universitär durch entsprechende Lehrveranstaltungen in den lehrerbildenden Studiengängen; wie aus der in Anlage 1*) enthaltenen Übersicht

*) Die Anlage liegt in nur einem Exemplar vor und kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

der Universität hervorgeht, beschränken sich diese Veranstaltungen nicht nur auf Geschichte und Gemeinschaftskunde; auch in den Studiengängen Biologie, Religion, Kunst, Musik, Deutsch, Behindertenpädagogik und in den Erziehungswissenschaften unter Einbeziehung der Gesellschaftswissenschaften finden sich einschlägige Veranstaltungen.

In dem Erhebungszeitraum seit 1982 wurden in jedem Semester ca. 3—5 einschlägige Lehrveranstaltungen angeboten. Da ein Teil von ihnen auch für den Prüfungsgegenstand Erziehungswissenschaft unter Einbeziehung der Gesellschaftswissenschaften anerkannt war, bestand ein solches Angebot für alle Lehrerstudenten.

Eine ausschließlich auf den Aspekt des Rechtsextremismus ausgerichtete Lehrveranstaltung hat es in dem Erhebungszeitraum nicht gegeben.

— Wissenschaftliches Institut für Schulpraxis (WIS)

Der Bereich der Ausbildung ist — ebenso wie der Bereich der Fortbildung — wesentlich an die curricularen Vorgaben des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst gebunden, die zum Komplex Faschismus eindeutige Aussagen enthalten.

2. Lehrerfortbildung

— Universität

Auch in dem von der Universität angebotenen Programm zur Lehrerfortbildung gab es mehrere Angebote aus dem Bereich Geschichte und Jura zu der Thematik Nationalsozialismus, u. a. die Veranstaltungen „Alltag unter dem Nationalsozialismus" und „Justiz im Nationalsozialismus".

Eigene Lehrveranstaltungen zu dem Aspekt „Rechtsextremismus" — insbesondere bezogen auf die Gegenwart — fehlten bisher.

— WIS

Im Bereich der Lehrerfortbildung werden im 2. Schulhalbjahr 1986 Seminare zum Thema „Ursachen und Funktion des Neofaschismus — Wie gehen wir mit Neofaschismus an Schulen um?" angeboten, in Fortsetzung einer gleichen Veranstaltung im 1. Schulhalbjahr 1986.

Erklärte Zielsetzung dieser Veranstaltungen ist es, sich an Lehrkräfte der Sekundarstufe I und Sekundarstufe II zu richten, die mit rechtsradikalen Entwicklungen und Äußerungen konfrontiert worden sind.

3. Politische Bildung

In seinem als Anlage 2*) beigefügten „Bericht zur Situation der politischen Bildung und Erziehung an den öffentlichen Schulen im Lande Bremen" hatte der Senator für Bildung 1982 detailliert Auskunft gegeben über

— Ziele der politischen Bildung und Erziehung,

— die für die politische Bildung relevanten Unterrichts- und Erziehungsprinzipien,

— die gegenwärtig gültigen Lehrpläne und den Stand der Lehrplanentwicklung im Fach „Gemeinschaftskunde".

Nach wie vor bilden Grundgesetz und Bremische Landesverfassung die Grundlage politischer Bildung an unseren Schulen. Unmittelbar auf die Erziehung und Bildung der Jugend bezogen formuliert die Landesverfassung in Artikel 26 präzise Aufgaben, die als Leitlinien politischer Bildung gelten können.

Es ist schwer, Veränderungen und besondere Trends im **Verhalten von Jugendlichen** als gesellschaftlicher Gruppierung zu erklären. Die Ursachen nur in der Verschlechterung der beruflich-sozialen Lebensperspektiven oder in einem gestörten Vater-Mutter-Kind-System sehen zu wollen, reichen als Erklärungsversuche anerkanntermaßen nicht aus. In den Sozialwissenschaften werden weitere Gründe diskutiert:

— Veränderungen im Sozialisationsbereich, insbesondere die Zunahme der gesellschaftlichen Sozialisation im Verhältnis zur privaten,

*) Die Anlage liegt in nur einem Exemplar vor und kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

— die Tatsache eines epochalen Wertwandels mit der Folge, daß im Verhältnis von jung und alt unterschiedliche Wertsysteme konkurrieren und zusammenprallen,

— die Art, wie die Gesellschaft auf die Konflikte reagiert, die aus dieser Konstellation resultieren.

Diese Zusammenhänge bestimmen auch die Veränderungen im Verhalten von Jugendlichen in unseren **Schulen.** Sie haben insofern Auswirkungen auf den Bereich der politischen Bildung und Erziehung, als erfolgreiche Einwirkungen auf jugendliche Verhaltensweisen im schulischen Lernprozeß nur gelingen können, wenn diese veränderten Einstellungen berücksichtigt werden.

Was den Erfolg bzw. Nichterfolg politischer Bildung betrifft, so sind dafür neben Schule, außerschulischer Jugendbildung und Elternhaus alle anderen gesellschaftlichen Kräfte verantwortlich. Sie alle müssen ihren Beitrag leisten. Hier sind auch die **Politiker** aufgerufen. So nannte schon 1955 der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen als wesentliche Voraussetzung für vorbildliche politische Bildung die Erziehung „durch gute Politik". In dem „Gutachten zur politischen Bildung und Erziehung" heißt es:

„Politische Jugenderziehung ist eine Voraussetzung guter Politik. Aber die politische Erziehung des Volkes im ganzen geschieht wesentlich durch die Politik selbst. Deshalb werden die Bemühungen um die politische Erziehung scheitern, wenn nicht die Politiker sich der erzieherischen Wirkung bewußt sind, die im Guten und im Schlechten von ihrem Handeln ausgeht."

Diese Feststellung gilt uneingeschränkt auch heute noch, während die beherrschenden politischen Themen sich gewandelt haben und weiter wandeln werden. Jugendarbeitslosigkeit, Friedensbewegung, Kriegsdienstverweigerung, Atomrüstung, Parteienfinanzierung, Energiepolitik, Ausländerpolitik u. a. m. sind solche Themen, von denen sich die Jugend gegenwärtig in besonderem Maße betroffen sieht oder fühlt.

Das Verhalten der Verantwortlichen — der Politiker in Bund, Ländern und Gemeinden — wird prägenden Einfluß haben auf das politische **Bewußtsein der Jugend** und auf ihre Bereitschaft, sich für (oder gegen) diese Bundesrepublik zu engagieren. Nicht zuletzt deshalb ist die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und dem Neofaschismus ständig verpflichtendes Thema an bremischen Schulen. Die in Anlage 3*) wiedergegebenen Lehrpläne weisen das aus:

Hauptschule Klasse 9

Die gesellschaftlichen Verhältnisse der Weimarer Republik / Die nationalsozialistische Diktatur.

Realschule und Gymnasium Klasse 10

Die Weimarer Republik /
Der Nationalsozialismus /
Deutschland nach 1945 /
Geschichte des Antisemitismus.

Berufliche Schulen

Nationalsozialismus /
Faschismus / Extremistische Ideen (mit Verweisen auf Aktualisierungen).

Gymnasiale Oberstufe

Auf der Basis von der Behörde vorgegebener Themenbereiche werden in der Regel an den Schulen für die Fächer Geschichte und Gemeinschaftskunde im Bereich der Leistungs- und Grundkurse schuleigene Kurse zu den genannten Themenbereichen entwickelt und unterrichtet.

Der von der Behörde exemplarisch vorgegebene Kurs GKD 101 (Leistungskurs) sieht zu dem Thema u. a. die folgenden Einzelbereiche vor:

— Der Nationalsozialismus

— Neofaschismus nach 1945

---

*) Die Anlage liegt in nur einem Exemplar vor und kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

— Kritische Auseinandersetzung mit dem Faschismus als historischer und aktueller Erscheinung.

Darüber hinaus sind alle Kolleginnen und Kollegen an den Schulen angehalten, auch politisch aktuelle Ereignisse mit in den Unterricht einzubeziehen. Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst macht in besonderen Rundschreiben und Rundverfügungen auf **Gedenktage** (wie z. B. Reichspogromnacht, Kapitulation 1945), auf **Ausstellungen** (z. B. Evangelische Kirche und Politik in Bremen 1933 bis 1945), **Gedenkstunden** (z. B. am 21. April 1985 anläßlich der Befreiung der Konzentrationslager) usw. aufmerksam; Näheres ist Anlage 4*) zu entnehmen.

Ferner stellt der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst zusätzlich zu Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien den Schülern die in Anlage 5*) genannten besonderen **Materialien** zur Verfügung. Zu dem Themenkonzept zählen folgende Veröffentlichungen:

— „Menschenrechte — ihre Auslöschung am Beispiel der Juden in Deutschland"

— „Hungern für Hitler" (Hrsg.: Schminck-Gustavus)

— „Friedensbewegungen in Bremen aus der Zeit der Weimarer Republik"

— Rede des Bundespräsidenten zum 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges

— Inge Marßolek: „Widerstand der Arbeiterbewegung in Bremen 1933—1945".

Diese Broschüre ist die erste einer Reihe, in der Ergebnisse des Forschungsprojektes „Bremen im Dritten Reich. Anpassung, Widerstand, Verfolgung" für die Schulen aufbereitet werden sollen. Weitere Themen werden sein: „Was lebenswert ist, bestimmen wir. Nationalsozialistische Rassenhygiene in Bremen", „Fremdvölkische in der Bremer Rüstungsindustrie", „Alltag in Bremen 1933—1945", „Nationalsozialistische Verfolgungsinstanzen in Bremen".

Der in der Anlage 6*) beigefügte Katalog der **Landesbildstelle** (mit Ergänzung) zeigt das Angebot an audiovisuellen Medien, das den bremischen Lehrerinnen und Lehrern zu dem genannten Themenbereich zur Verfügung steht.

Die **Landeszentrale für politische Bildung** Bremen unterstützt die schulische Arbeit

— durch Publikationen

— durch Veranstaltungen für Lehrer und Schüler.

Ausweislich der in Anlage 7*) aufgeführten Programmhefte 1984/85 wurden u. a. angeboten: Fahrten zum ehemaligen KZ Bergen-Belsen, Wochenseminar „Rassendiskriminierung im Dritten Reich", Vortrag „Der nationalkonservative Widerstand gegen den Nationalsozialismus".

In den Schulen gibt es schließlich zu dem genannten Themenkomplex zahlreiche Aktivitäten von Schülern und Lehrern, die den regulären Schulalltag übersteigen und hier im einzelnen nicht näher dokumentiert werden können; dazu gehören

— Projektwochen

— Ausstellungen

— Teilnahme an Schülerwettbewerben

— Schülerarbeiten.

Exkurs: Rechtsextremistische Bestrebungen an bremischen Schulen

Unter rechtsextremistischen Bestrebungen werden im folgenden alle antisemitischen, ausländerfeindlichen, gewalttätige Lösungen politischer Probleme propagierenden, sich nationalsozialistischer Parolen und Symbole bedienenden Meinungsäußerungen verstanden, die mündlich, schriftlich (Flugblätter, Wandschmierereien etc.) zum Ausdruck kommen.

Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und politische Gewalttätigkeit gibt es auch außerhalb des Neofaschismus. Entsprechende Meinungsäußerungen fallen jedoch in den Schulen weniger auf, da sie sich keiner eindeutigen Symbole bedienen.

---

*) Die Anlage liegt in nur einem Exemplar vor und kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Alle Schulaufsichtsbeamten im Lande Bremen sind gebeten worden, nach Rücksprache mit den Schulleitern ihrer Aufsichtsbereiche mitzuteilen, ob und welche neofaschistischen Aktivitäten in den letzten zwölf Monaten in den Schulen stattgefunden haben.

Bis auf die Spezialsonderschulen liegen Meldungen aus allen Schulaufsichtsbereichen einschließlich Bremerhavens vor.

Bremerhaven

Es werden wenige Schmierereien rechtsextremistischen Inhalts gemeldet, die aber durchweg provokativ und ohne politischen Zusammenhang sind. Das gleiche gilt für den Brief einer „Antisozialistischen Schülerinitiative", höchstwahrscheinlich mit fingiertem Absender, an die Bürgerschaftsfraktion der GRÜNEN.

Bremen

Für eine ganze Reihe von Schulaufsichtsbereichen wurde „Fehlanzeige" gemeldet. Aus anderen Schulaufsichtsbereichen werden für einzelne Schulen auffällige Wand- oder Toilettenschmierereien mitgeteilt.

In einigen Fällen beobachten Schulleiter, wie außerschulische neofaschistische Aktivitäten in die Schülerschaft hineinwirken:

— Schulzentrum an der Regensburger Straße: Aufkleber und Flugblätter der „Nationalistischen Front" im Oktober 1985, wahrscheinlich von ehemaligen Schülern, die inzwischen die Berufsschule besuchen.

— Schulzentrum an der Schaumburger Straße: Vereinzelt Abzeichen mit der bekannten Karikatur des Hitlerkopfes, Schlagstock mit Aufschriften wie „Juden raus!", „Türken raus!"; zwei bis drei Schüler, die sich außerschulisch im Umfeld des „Werder-Fan-Clubs" engagieren, sind nach Meinung der Schule Mitglieder der „Freiheitlichen Arbeiterpartei".

— Schulzentrum an der Hermannsburg: Am 30. November 1984 hat eine Gruppe sog. „Skins" eine Schülerdiskothek besucht, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen verursacht und erstmals Hakenkreuze, SS-Runen und neonazistische Sprüche auf Türen und Wänden hinterlassen. Die Schule hat sich mit Jugendamt und Polizei in Verbindung gesetzt, die Mitgliedschaft zweier Schüler geklärt und zur Diskothek am 15. November 1985 die Skinhead-Gruppe nicht mehr teilnehmen lassen; am nächsten Tag wurden vier Hakenkreuzsymbole und die Aufschrift „Skins" an Wänden und Glasscheiben des Schulzentrums vorgefunden und inzwischen aufgeklärt. Zu dieser Skinhead-Gruppe gehören Schüler des Schulzentrums an der Flämischen Straße, der Schule am Bokellandsweg und des Schulzentrums an der Hermannsburg. Einige Mitglieder der Gruppe haben einen Teil der Schmierereien selbst entfernt. Der zuständige Sozialarbeiter trifft sich wöchentlich einmal mit Mitgliedern dieser Gruppe in der ehemaligen Schule an der Amersfoorter Straße; außerdem stehen die Klassenlehrer in ständigem Gespräch mit diesen ihnen namentlich bekannten Schülern.

Schmierereien werden ausdrücklich erwähnt von den Schulzentren Rockwinkel, an der Gottfried-Menken-Straße, an der Pestalozzistraße, an der Alwin-Lonke-Straße und von der Gesamtschule Bremen-West.

Verschiedene Schulen haben auf die einzelnen Lehrern in die Schule hinein zugesandte neonazistische Schrift „Der Untergang der Völker Europas ..." hingewiesen.

III. Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des Rechtsextremismus in der Jugendarbeit und Jugendbildungsarbeit in Bremen

Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des Rechtsextremismus gehört zu den allgemeinen Lernzielen der Jugendarbeit in Bremen. Allerdings werden Angebote und Maßnahmen nicht „aufgesetzt" präsentiert, sondern die Themenstellung muß sich aus aktuellen oder punktuellen Interessen der Jugendlichen ergeben.

So wurden z. B. Veranstaltungen in Jugendfreizeitheimen und in der außerschulischen Jugendbildungsarbeit dann angeboten, wenn z. B. bei jugendlichen Besuchern der Freizeitheime rassistische oder faschistoide Parolen/Handlungen verstärkt wahrgenommen wurden (Witze, Aggressionen gegen ausländische Jugend-

liche) oder wenn Jugendliche ein gesteigertes Interesse an der Thematik äußerten, so zum Beispiel nach der „Holocaust"-Sendung im Fernsehen 1980 oder wenn in der unmittelbaren Nähe von Jugendfreizeitheimen Aktivitäten neonazistischer Gruppierungen beobachtet werden konnten.

In den vergangenen Jahren hat es eine Reihe neonazistisch orientierter Vorfälle in den städtischen Jugendfreizeitheimen gegeben. In den Jugendfreizeitheimen Osterholz-Tenever und Horn-Lehe beschmierten 1984 und 1985 neonazistisch beeinflußte Jugendliche die Wände mit menschenfeindlichen und rassistischen Parolen („Haß dem . . .", „Tod dem . . ." oder „Dieses Freizi wird brennen"), bei zwei öffentlichen Diskussionsveranstaltungen zum Thema „Neofaschismus" versuchten stadtbekannte Rechtsextremisten, ihre Flugblätter zu verteilen, anläßlich der internationalen work camps des Jugendamtes in Marzabotto und in der Jugendbildungsstätte Lidice-Haus (1981 bis 1983) erhielten die verantwortlichen Gruppenleiter Briefe mit drohendem und rechtsextremem Inhalt.

Aus den geschilderten Vorfällen ist erkennbar, daß es sich zumeist um eine Reaktion rechtsextremer Gruppen Jugendlicher oder Erwachsener auf antifaschistische Veranstaltungen in den Jugendfreizeitheimen oder im Rahmen internationaler Jugendarbeit des Jugendamtes handelte.

Seit 1979 sieht das Jugendamt Bremen in seinen Einrichtungen sowie bei der internationalen Jugendarbeit das Thema „Faschismus, Neofaschismus und Antifaschismus" als einen zentralen Schwerpunkt seiner Jugendarbeit an. Gemeinsame Veranstaltungen wurden mit anderen Trägern der Jugendarbeit in Bremen — dem Landesjugendring, den Bürgerhäusern, den Kirchengemeinden, dem Bremer Fan-Projekt oder mit Institutionen wie VVN/Bund der Antifaschisten, Lidice-Initiative, Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden u. a. — durchgeführt.

Die methodischen Ansätze sind vielfältig, mit denen Jugendarbeit versucht, Jugendliche in die Aufarbeitungsarbeit einzubeziehen. Die organisatorischen und methodischen Ansätze sollen im folgenden dargestellt werden:

— Wochenseminare mit Schulklassen in der Jugendbildungsstätte Lidice-Haus

— Fahrten zu den ehemaligen KZs Bergen-Belsen, Dachau, Esterwegen, Stutthof/Polen oder zu anderen Orten nationalsozialistischer Verbrechen wie Lidice/CSSR und Marzabotto/Italien

— internationale work camps in Esterwegen, Marzabotto und in der Jugendbildungsstätte Lidice-Haus

— Aufarbeitung der Geschichte des eigenen Stadtteils in der Gruppenarbeit von Jugendfreizeitheimen, z. B. im Jugendfreizeitheim Walle

— Übermalen von rassistischen und rechtsextremen Parolen, z. B. am Jugendfreizeitheim Friesenstraße

— Teilnahme an Stadtrundfahrten zu den Stätten des antifaschistischen Widerstandes

— Gesprächsrunden mit antifaschistischen Widerstandskämpfern und Autoren

— „Rock- gegen Rechts"-Konzerte

— antifaschistische Filmprogramme.

Diese Aktivitäten des Jugendamtes werden regelmäßig bei internen Fortbildungsveranstaltungen oder Abteilungsbesprechungen vorbereitet und später kritisch ausgewertet.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß gegenüber den sich Anfang der 80er Jahre äußernden Tendenzen durch die breiten Aktivitäten in der Jugendarbeit eine Ausweitung verhindert oder eingegrenzt werden konnte. Die Bemühungen werden jedoch fortgesetzt und zum Teil durch neue didaktisch-methodische Ansätze, die zum stärkeren Engagement Jugendlicher herausfordern, ergänzt, z. B. durch stadtteilbezogenes Lernen („Spurensicherung").

Der Bericht „Das Bremer Fan-Projekt" der Bremer Sportjugend, in dem sich ein Exkurs über Ausländerfeindlichkeit und rechtsextreme Tendenzen unter den jugendlichen Fußballfans findet, ist vom Senator für Jugend und Soziales mit dem Bremer Förderpreis für Jugendarbeit 1984 ausgezeichnet worden; der Bericht hat den ersten Preis erhalten.

Im Bereich des Jugendschutzes haben die Jugendämter Bremen und Bremerhaven seit 1978 verschiedene Indizierungsanträge zu „NS-Propaganda-Material" gestellt. Bis auf einen Fall waren die Indizierungsanträge erfolgreich.

Beim Senator für Jugend und Soziales war in den Jahren 1979 und 1981 jeweils eine Fachkraft im Rahmen eines ABM-Programms mit dem Schwerpunkt der Beobachtung kriegs- und gewaltverherrlichender Schriften und von NS-Propaganda-Material beschäftigt.

Des weiteren sind aus dem Hause des Senators für Jugend und Soziales insbesondere 1979 Anzeigen wegen Veröffentlichung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen nach §§ 86 und 86a StGB (Hakenkreuze) gegen Gewerbetreibende erstattet worden.

Für den Bereich des Jugendamtes Bremerhaven wird berichtet, daß in den letzten 10 Jahren nur wenige Vorfälle, die durch rechtsextreme Gruppen provoziert wurden, bekannt geworden sind. Es sind jedoch ebenso wie in Bremen auch Drohbriefe an Jugendgruppenleiter gesandt worden. Wie in der Stadtgemeinde Bremen werden auch in der Jugendarbeit Bremerhavens Themen wie Nationalsozialismus und Neonazismus ständig aufgegriffen. Auch die Jugendverbände in Bremerhaven stellen diese Themen oft in den Mittelpunkt ihrer Seminararbeit. Das Jugendamt Bremerhaven stellt hierfür Zuschüsse im Rahmen der außerschulischen Jugendbildung zur Verfügung. Gleichzeitig hat das Jugendamt Bremerhaven an den Jugendverband „Die Falken" einen Zuschuß zur Broschüre „Antifaschistische Stadtrundfahrt" gewährt. Es sind auch Zuschüsse zum Ankauf der Broschüre „Der aufrechte Gang" über den antifaschistischen Widerstand in Bremerhaven gegeben worden. Die Broschüre wird in der außerschulischen Jugendbildungsarbeit der Jugendverbände eingesetzt. An der antifaschistischen Stadtrundfahrt der „Falken" nehmen die verschiedensten Jugendgruppen Bremerhavens teil.

Im November 1985 hat im Freizeitheim Schleuse eine Ausstellung über Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden. In den letzten Jahren sind ebenso wie in Bremen „Rock- gegen Rechts"-Konzerte durchgeführt und unterstützt worden.

Auch für die Jugendarbeit in Bremerhaven gilt, daß insbesondere bei aktuellen Anlässen die Arbeit mit der Thematik verstärkt wird, da sie dann auf das besondere Interesse von Jugendlichen stößt. Da auch festgestellt werden konnte, daß z. B. von ausländischen Jugendlichen offene Sympathie für autoritäre Strukturen gezeigt wurde, ist die Gruppen- und Filmarbeit für diese Zielgruppe verstärkt worden.

Druck: Anker-Druck Bremen